

## ÜBERSETZUNG

Geschäftsverzeichnisnr. 6620
Entscheid Nr. 98/2018 vom 19. Juli 2018

### ENTSCHEIDSAUSZUG

---

*In Sachen:* Vorabentscheidungsfragen in Bezug auf die Artikel 119 § 2, 120 und 121 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen, gestellt vom Arbeitsgerichtshof Hennegau, Abteilung Mons.

Der Verfassungsgerichtshof,

zusammengesetzt aus den Präsidenten J. Spreutels und A. Alen, und den Richtern L. Lavrysen, J.-P. Snappe, J.-P. Moerman, E. Derycke, T. Merckx-Van Goey, P. Nihoul, F. Daoût und R. Leysen, unter Assistenz des Kanzlers P.-Y. Dutilleux, unter dem Vorsitz des Präsidenten J. Spreutels,

erlässt nach Beratung folgenden Entscheid:

\*

\* \*

### I. *Gegenstand der Vorabentscheidungsfragen und Verfahren*

In seinem Urteil vom 13. Februar 2017 in Sachen Alain Van Bruyssel gegen den Föderalen Pensionsdienst, dessen Ausfertigung am 20. Februar 2017 in der Kanzlei des Gerichtshofes eingegangen ist, hat das Arbeitsgericht Hennegau, Abteilung Mons, folgende Vorabentscheidungsfragen gestellt:

« - Verstoßen die Artikel 119 § 2, 120 und 121 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen gegen die Artikel 10, 11 und 22 der Verfassung sowie gegen die Artikel 8 und 14 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, indem sie den alleinstehenden Empfänger, der verheiratet aber tatsächlich getrennt ist, von der Definition der ‘ alleinstehenden Pensionierten ’ ausschließen und somit zur Anwendung von Artikel 125 § 2 des vorerwähnten Gesetzes auf Personen, die keinen Haushalt bilden, führen?

- Verstoßen die Artikel 119 § 2, 120 und 121 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen gegen die Artikel 10, 11 und 22 der Verfassung sowie gegen die Artikel 8 und 14 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, indem sie die verheirateten und von Tisch und Bett getrennten Pensionierten und die verheirateten und tatsächlich getrennten Pensionierten unterschiedlich behandeln, wobei der verheiratete und von Tisch und Bett getrennte Pensionierte zu der Kategorie der ‘ alleinstehenden Pensionierten ’ und der verheiratete und tatsächlich getrennte Pensionierte zu der Kategorie der ‘ verheirateten Pensionierten ’ gehört? ».

(...)

### III. *Rechtliche Würdigung*

(...)

B.1. Der Gerichtshof wird zur Vereinbarkeit der Artikel 119 § 2, 120 und 121 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen (nachstehend: Gesetz vom 26. Juni 1992) mit den Artikeln 10, 11 und 22 der Verfassung in Verbindung mit den Artikeln 8 und 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention befragt.

Diese Artikel bestimmen:

« Art. 119. [...]

§ 2. Unter ‘ alleinstehenden Pensionierten ’ versteht man männliche beziehungsweise weibliche Pensionierte, die ledig, verwitwet, geschieden oder von Tisch und Bett getrennt sind.

[...]

Art. 120. Für Personen, die aufgrund ihres Alters oder ihres Dienstalters in den Ruhestand versetzt werden und das Alter von sechzig Jahren erreicht haben, wird der garantierte Mindestbetrag festgelegt auf:

- 9.601,00 EUR pro Jahr für alleinstehende Pensionierte,
- 12.001,00 EUR pro Jahr für verheiratete Pensionierte.

Art. 121. § 1. Für Personen, die wegen körperlicher Untauglichkeit oder gemäß Artikel 83 des vorerwähnten Gesetzes vom 5. August 1978 von Amtes wegen in den Ruhestand versetzt werden, wird der garantierte Mindestbetrag festgelegt:

1. für alleinstehende Pensionierte auf 50 Prozent des Durchschnittsgehalts der letzten fünf Jahre der Laufbahn, mit Ausnahme der Besoldungsbestandteile, die für die Berechnung der Ruhestandspension nicht berücksichtigt werden,

2. für verheiratete Pensionierte auf 62,50 Prozent dieses Durchschnittsgehalts.

§ 2. Die Erhöhungen des ursprünglichen Nennbetrags der Pension, die in Anwendung von Artikel 12 § 9 des Gesetzes vom 9. Juli 1969 zur Abänderung und Ergänzung der Rechtsvorschriften über die Ruhestands- und Hinterbliebenenpensionen der Bediensteten des öffentlichen Sektors gewährt werden, führen zu einer proportionalen Erhöhung des in § 1 erwähnten Durchschnittsgehalts.

§ 3. Ist das in § 1 erwähnte Durchschnittsgehalt niedriger als 19.202,00 EUR, wird es auf diesen Betrag erhöht.

Wenn das in § 1 erwähnte Durchschnittsgehalt höher als 19.202,00 EUR ist und die Gesamtdauer der für die Berechnung der Pension zulässigen Dienste, unabhängig von Dienstaltersverbesserungen aufgrund von Studien und anderer Zeiträume, die als für die Festlegung des Gehalts zulässige Dienste angerechnet werden, jedoch erhöht um den Zeitraum zwischen dem Datum des Einsetzens der Pension und dem ersten Tag des Monats nach dem 65. Geburtstag, weniger als zwanzig Jahre beträgt, wird das vorerwähnte Gehalt auf diesen Betrag begrenzt.

Für die Anwendung von Absatz 2 wird die Dauer der zulässigen Dienste ohne Berücksichtigung der in Artikel 2 des Königlichen Erlasses Nr. 206 vom 29. August 1983 zur Regelung der Berechnung der Pension des öffentlichen Sektors für Dienste mit Teilzeitleistungen vorgesehenen Reduzierung des Zeitraums festgelegt.

§ 4. Der wegen körperlicher Untauglichkeit gewährte garantierte Mindestbetrag darf weder 75 Prozent des Höchstgehalts in der Gehaltstabelle, die mit dem letzten Dienstgrad des Betreffenden vor seiner Versetzung in den Ruhestand verbunden ist, noch 100 Prozent der garantierten Besoldung, wenn es sich um einen alleinstehenden Pensionierten handelt, beziehungsweise 125 Prozent dieser Besoldung, wenn es sich um einen verheirateten Pensionierten handelt, übersteigen ».

B.2.1. Mit der ersten Vorabentscheidungsfrage fragt der vorlegende Richter den Gerichtshof, ob diese Bestimmungen keinen diskriminierenden Behandlungsunterschied herbeiführten, indem sie den alleinstehenden Empfänger, der verheiratet aber tatsächlich getrennt sei, von der Definition der « alleinstehenden Pensionierten » ausschlossen und somit zur Anwendung von Artikel 125 § 2 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 auf Personen, die keinen Haushalt bildeten, führten.

B.2.2. Mit der zweiten Vorabentscheidungsfrage befragt der vorlegende Richter den Gerichtshof zum Behandlungsunterschied zwischen den verheirateten und von Tisch und Bett getrennten Pensionierten und den verheirateten und tatsächlich getrennten Pensionierten, wobei Erstere zu der Kategorie der « alleinstehenden Pensionierten » und Letztere zu der Kategorie der « verheirateten Pensionierten » gehörten.

B.3. Artikel 125 § 2 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 bestimmt:

« Handelt es sich um einen verheirateten Pensionierten, werden von der Zulage ebenfalls abgezogen:

1. die Einkünfte, die sein Ehepartner durch die Ausübung einer Berufstätigkeit bezieht,
2. die nachstehend aufgelisteten Vorteile, die sein Ehepartner empfängt:
  - a) Ruhestands- beziehungsweise Hinterbliebenenpensionen oder Altersbeziehungsweise Hinterbliebenenrenten oder als solche geltende Vorteile zu Lasten einer Pensionsregelung, die gemäß belgischen oder ausländischen Rechtsvorschriften festgelegt ist,
  - b) Entschädigungen wegen primärer Arbeitsunfähigkeit, Invaliditätsentschädigungen oder Arbeitslosenentschädigungen, die gemäß belgischen Rechtsvorschriften gewährt werden, oder Vorteile gleicher Art, die gemäß ausländischen Rechtsvorschriften gewährt werden,
  - c) Renten, Entschädigungen beziehungsweise Zulagen, die gemäß belgischen oder ausländischen Rechtsvorschriften als Schadenersatz für einen Arbeitsunfall, einen Wegeunfall oder eine Berufskrankheit gewährt werden,
  - d) Entschädigungspensionen aus Friedenszeiten ».

B.4. Titel V des Gesetzes vom 26. Juni 1992 sieht Maßnahmen in Bezug auf die Pensionen des öffentlichen Sektors vor. Artikel 120 dieses Gesetzes legt den garantierten Mindestbetrag der Pension für Personen, die aufgrund ihres Alters oder ihres Dienstalters in

den Ruhestand versetzt werden und das Alter von sechzig Jahren erreicht haben, fest, während Artikel 121 diesen Betrag für Personen festlegt, die wegen körperlicher Untauglichkeit oder von Amts wegen in den Ruhestand versetzt werden. Die Beträge unterscheiden sich, je nachdem, ob der Pensionierte alleinstehend oder verheiratet ist.

Wie aus Artikel 119 § 2 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 hervorgeht, ist der « alleinstehende Pensionierte » ein Pensionierter, der ledig, verwitwet, geschieden oder von Tisch und Bett getrennt ist. In derselben Bestimmung ist in Paragraph 3 die « Zulage » zur Pension als der Betrag definiert, der dem Nennbetrag der Pension hinzugefügt wird, um den garantierten Mindestbetrag zu erreichen, wobei dieser der Mindestbetrag der Pension ist, auf den eine Person Anspruch erheben kann.

B.5. Mit den Vorabentscheidungsfragen wird der Gerichtshof gebeten, über den Umstand zu befinden, dass die tatsächlich getrennte Person nicht unter die Definition des « alleinstehenden Pensionierten » fällt, wie es beim von Tisch und Bett getrennten Ehepartner der Fall ist, sodass die tatsächlich getrennte Person aufgrund ihrer Gleichstellung mit einer verheirateten Person nicht in den Genuss der Zulage des « Mindestbetrags » für alleinstehende Pensionierte kommt.

B.6.1. Laut der Begründung des Vorentwurfs des Gesetzes vom 26. Juni 1992:

« Dans le régime proposé, plus aucune distinction n'est effectuée selon que la personne pensionnée est ou non reconnue comme étant atteinte d'une invalidité permanente globale de 66 p.c. au moins. En conséquence, le niveau minimum garanti n'est plus influencé par le degré d'invalidité. En outre, il n'y a plus lieu de faire de distinction entre les pensions attribuées à titre temporaire et celles attribuées à titre définitif.

Par contre, pour la détermination du montant minimum garanti, il continue à être tenu compte de la situation familiale du pensionné. En effet, étant donné que la charge du supplément qui est ajouté au taux nominal de la pension pour atteindre le montant minimum garanti est supportée par la collectivité sans aucune contrepartie du bénéficiaire du minimum, il s'impose de tenir compte, d'une façon ou d'une autre, des revenus du conjoint.

Dorénavant, il n'existera plus que deux catégories de bénéficiaires de montants minimums garantis : le retraité isolé et le retraité marié, le minimum accordé à un retraité isolé étant égal à 80 p.c. de celui d'un retraité marié. Par ailleurs, il a été veillé à maintenir un certain parallélisme entre les montants minimums des pensions de retraite pour raison d'âge ou d'ancienneté et ceux pour cause d'inaptitude physique.

[...]

Les revenus du conjoint sont déduits du supplément moyennant l'exonération d'une certaine tranche de ces revenus et sans que la déduction ne puisse avoir pour effet de ramener le montant minimum garanti en dessous d'un montant forfaitaire déterminé » (*Doc. parl. Sénat, S.E. 1991-1992, n° 315/1, pp. 42-43*).

Artikel 121 des Vorentwurfs des Gesetzes, der zu Artikel 125 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 geworden ist, wurde folgendermaßen kommentiert:

« Etant donné que les différents minimums prévus par le présent chapitre sont appelés à assurer un revenu minimum à un pensionné ou à son ménage, il s'indique dès lors de tenir compte des autres revenus professionnels du pensionné et de son conjoint. Sont par conséquent déduits de ce supplément, les différentes pensions ou rentes auxquelles le pensionné ou son conjoint peut prétendre dans n'importe quel régime de pension » (*ibid.*, p. 46).

B.6.2. In einer Antwort auf eine parlamentarische Frage zum Vorhandensein einer etwaigen Diskriminierung zwischen dem tatsächlich getrennten Pensionierten und dem von Tisch und Bett getrennten Pensionierten insoweit nur im ersten Fall die Mittel des Ehepartners berücksichtigt werden, hat der zuständige Minister geantwortet:

« dans le régime de pension des agents des services publics, la distinction entre un retraité isolé et un retraité marié n'existe pas uniquement pour les bénéficiaires d'un minimum garanti pour cause d'inaptitude physique mais également pour les bénéficiaires d'un minimum garanti pour raison d'âge ou d'ancienneté.

En ce qui concerne le premier point soulevé par l'honorable membre, j'estime qu'en matière de minimum garanti pour cause d'inaptitude physique, la loi du 26 juin 1992 ne crée pas de discrimination entre, d'une part, la situation d'un séparé de corps et de biens et, d'autre part, celle d'un séparé de fait. En effet, il ressort d'une jurisprudence bien établie, reconnue par la Cour d'arbitrage, que la règle constitutionnelle de l'égalité des Belges devant la loi implique que tous ceux qui se trouvent dans la même situation soient traités de la même manière mais n'exclut pas qu'une distinction soit faite pour certaines catégories de personnes à la condition que cette distinction ne soit pas arbitraire, c'est-à-dire qu'elle soit susceptible de justification.

Or, si une personne séparée de fait a un domicile distinct de son conjoint soit dans le cadre d'une pure situation de fait, soit après autorisation d'un juge de paix ou d'un juge des référés dans le cadre de mesures urgentes et provisoires, une personne séparée de corps et de biens n'acquiert cette qualité qu'à la suite d'un jugement du tribunal de première instance. Il s'agit donc de deux situations bien distinctes.

Du reste, dans d'autres matières également, les conséquences juridiques de la séparation de fait et de la séparation de corps et de biens sont totalement différentes. Ainsi en va-t-il, par exemple, en ce qui concerne les droits successoraux.

Enfin, il est encore à signaler que le conjoint séparé de fait dont le conjoint a des revenus venant en déduction du supplément minimum garanti, bénéficie d'un supplément minimum garanti plus élevé puisqu'il est toujours considéré comme marié. De plus, il a toujours la possibilité de changer de catégorie s'il obtient un jugement de séparation de corps et de biens ou un jugement de divorce.

En ce qui concerne le deuxième point soulevé par l'honorable membre relatif aux conséquences juridiques différentes qui existent dans le régime de pensions du secteur public entre un ménage de fait et un couple uni par les liens d'un mariage, force est de reconnaître que dans le cadre du minimum garanti, le ménage de fait pourrait, le cas échéant, se retrouver dans une situation préférentielle étant donné que les revenus du concubin ne viendront pas en déduction du supplément minimum garanti. Néanmoins, en contrepartie, le montant du minimum garanti pour cause d'inaptitude physique n'est pas pour un ménage de fait de 62,5 % mais de 50 % du traitement moyen, ce qui est désavantageux lorsque le concubin n'a pas de revenus.

Ces différenciations de traitement relevées dans les deux points examinés ci-dessus, résultent de ce que la séparation de fait et le ménage de fait sont des notions qui n'ont pas de réalité juridique dans la législation des pensions publiques. Dans le cadre de la législation actuelle, c'est aux personnes et à elles seules de décider, selon les avantages ou les inconvénients qu'elles peuvent en retirer globalement, de privilégier une situation de fait par rapport à une situation de droit ou l'inverse. Quoi qu'il en soit, aucune des situations tant celles de fait que celles de droit ne comportent que des avantages. Ainsi, par exemple, en cas de mariage, le conjoint survivant d'un agent du secteur public pourra bénéficier d'une pension de survie alors que le concubin survivant d'un agent du secteur public n'aura pas droit à un tel avantage » (*Q.R.*, Chambre, 1998-1999, n° 151, 16 novembre 1998, pp. 20575-20576).

B.6.3. In seinem Jahresbericht 2001 hat der Ombudsdienst für Pensionsangelegenheiten an die gesetzgebende und ausführende Gewalt fünf allgemeine Empfehlungen gerichtet. Die zweite Empfehlung betraf den garantierten Mindestbetrag im öffentlichen Sektor und mit ihr wurde vorgeschlagen, in den Rechtsvorschriften zu differenzieren, sodass im Fall der tatsächlichen Trennung so weit wie möglich die wirkliche familiäre Situation des Pensionierten berücksichtigt wird. In einer Antwort auf eine parlamentarische Frage hat der zuständige Minister Folgendes geantwortet:

« La loi du 26 juin 1992 portant des dispositions sociales et diverses, qui contient la législation relative aux montants minimums garantis de pensions dans le secteur public, ne connaît que deux catégories de pensionnés : le retraité marié et le retraité isolé.

L'article 119, § 2, de cette loi définit le 'retraité isolé' comme étant le pensionné masculin ou féminin qui est célibataire, veuf, divorcé ou séparé de corps et de bien. Le conjoint séparé de fait étant toujours uni par le lien du mariage, il doit être traité comme un 'retraité marié' au regard de cette législation.

Le supplément minimum garanti étant accordé à titre gratuit à charge de la collectivité, le législateur a estimé nécessaire de tenir compte des autres revenus du titulaire du minimum garanti et, dans une certaine mesure, des revenus de son conjoint.

Le problème des séparés de fait n'est pas un problème nouveau et résulte principalement de la difficulté de connaître les revenus du conjoint dans une telle situation.

A défaut de renseignements sur les revenus du conjoint, l'administration était jusqu'à présent contrainte de présumer que l'importance de ces revenus pouvait entraîner la suspension du minimum garanti.

Ce problème sera bientôt partiellement résolu par le projet de loi apportant diverses modifications à la législation relative aux pensions du secteur public.

Jusqu'à présent, lorsque les deux conjoints ont droit au montant minimum garanti de pension, cet avantage n'est accordé qu'à celui des deux conjoints qui peut prétendre au montant minimum garanti le plus élevé.

Le projet de loi précité prévoit d'accorder à l'avenir le ' minimum de base ' (40 % de la rétribution garantie) à chacun des deux conjoints. Ceci permettra de porter au minimum de base la pension du séparé de fait dont les revenus du conjoint ne sont pas connus » (*Q.R.*, Sénat, 2001-2002, 2 juillet 2002, n° 2-56, p. 3070).

B.7. Nach Auffassung des Ministerrats konnte der Gesetzgeber in Anbetracht dessen, dass die «Zulage für den garantierten Mindestbetrag» unentgeltlich zu Lasten der Gemeinschaft gewährt wird, einem Erfordernis der Sicherheit bei der Gewährung der Pensionen des öffentlichen Sektors und der Schwierigkeit, faktische Situationen nachzuweisen, Rechnung tragen. Eine Gleichstellung von tatsächlich getrennten Ehepartnern mit alleinstehenden Pensionierten könnte ebenfalls das Risiko einer Kollusion zwischen den Ehegatten mit sich bringen, die zur Folge hätte, dass eine von diesen Ehegatten künstlich geschaffene Situation von der Gemeinschaft zu tragen wäre.

B.8.1. Aus den Erwägungen B.6.1 bis B.6.3 geht hervor, dass das Ziel des Gesetzgebers darin bestand, den Umstand zu berücksichtigen, dass die Zulage des garantierten Mindestbetrags zu Lasten der Gemeinschaft gewährt wird. Die Maßnahme, die darin besteht, die Zulage für den garantierten Mindestbetrag zu verringern – oder sogar zu streichen –, wenn sich herausstellt, dass das Einkommen des Haushalts eines Pensionierten und seines Ehepartners es ermöglichen, ein ausreichendes Pensionsniveau zu erreichen, ist hinsichtlich der Zielsetzung sachdienlich.



Der Gesetzgeber konnte in diesem Zusammenhang zu Recht der Auffassung sein, dass verheiratete, aber tatsächlich getrennte Pensionierte wie verheiratete Pensionierte zu behandeln sind, weil die tatsächliche Trennung eine rein faktische, nicht institutionalisierte Situation darstellt, die in der Praxis schwer nachzuweisen ist. Der Gesetzgeber konnte außerdem den Standpunkt vertreten, dass das Risiko der Kollusion zwischen den Ehegatten in einer derartigen Situation größer sein könnte, da diese faktische Situation rechtlich nicht festgestellt ist.

B.8.2. Die Rechte der betroffenen Pensionierten werden nicht in unverhältnismäßiger Weise verletzt, sofern verheiratete Pensionierte, wie aus den Artikeln 120 und 121 des fraglichen Gesetzes hervorgeht, einen höheren garantierten Mindestbetrag erhalten als alleinstehende Pensionierte. Pensionierte Ehepartner, die tatsächlich getrennt sind, verfügen ebenfalls über die Möglichkeit, ihre Trennung durch ein Urteil über die Trennung von Tisch und Bett oder über die Scheidung festhalten zu lassen, sodass sie in der Kategorie der alleinstehenden Pensionierten anerkannt werden und gegebenenfalls eine Zulage « garantierter Mindestbetrag » erhalten, wenn der garantierte Mindestbetrag der Pension nicht erreicht ist.

B.9. Die Artikel 119, 120 und 121 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 sind, insofern sie den alleinstehenden verheirateten, aber tatsächlich getrennten Empfänger von der Definition des « alleinstehenden Pensionierten » ausschließen, nicht unvereinbar mit den Artikeln 10 und 11 der Verfassung.

B.10. Der Gerichtshof wird ebenfalls gebeten, über die Vereinbarkeit der in B.1 erwähnten Bestimmungen mit Artikel 22 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention zu befinden.

Artikel 22 der Verfassung bestimmt:

« Jeder hat ein Recht auf Achtung vor seinem Privat- und Familienleben, außer in den Fällen und unter den Bedingungen, die durch Gesetz festgelegt sind.

Das Gesetz, das Dekret oder die in Artikel 134 erwähnte Regel gewährleistet den Schutz dieses Rechtes ».

B.11. Das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, so wie es durch den obengenannten Artikel 22 gewährleistet wird, dient im Wesentlichen dazu, die Personen gegen Einmischungen in ihr Privatleben und ihr Familienleben zu schützen.

B.12.1. Wie der Ministerrat unterstreicht, beschränken sich die fraglichen Bestimmungen darauf, eine Unterscheidung zwischen alleinstehenden Pensionierten und verheirateten Pensionierten festzulegen, ohne Situationen zu erfassen, die rein faktisch sind. Somit stellen sie keine Einmischung der Behörden in das Privatleben der betroffenen Pensionierten dar.

B.12.2. Die fraglichen Bestimmungen sind daher nicht unvereinbar mit Artikel 22 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Aus diesen Gründen:

Der Gerichtshof

erkennt für Recht:

Die Artikel 119 § 2, 120 und 121 des Gesetzes vom 26. Juni 1992 zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen verstoßen nicht gegen die Artikel 10, 11 und 22 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Artikeln 8 und 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Erlassen in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Verfassungsgerichtshof, am 19. Juli 2018.

Der Kanzler,

Der Präsident,

(gez.) P.-Y. Dutilleux

(gez.) J. Spreutels